

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für internationalen Handel

2006/2018(BUD)

13.9.2006

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für internationalen Handel

für den Haushaltsausschuss

zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das
Haushaltsjahr 2007
2006/2018(BUD)

Einzelplan III – Kommission

Verfasser der Stellungnahme: Peter Šťastný

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für internationalen Handel ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

GD Handel

1. nimmt zur Kenntnis, dass entsprechend dem Vorentwurf des Haushaltsplans (HVE) 2007 und dem Entwurf des Haushaltsplans (HE) die operativen Haushaltsmittel der GD Handel (unter der Haushaltslinie 20 02 01) im Jahr 2007 um 29,1 % angehoben werden, um die folgenden wesentlichen Tätigkeiten zu finanzieren: zusätzliche Finanzmittel für die Finanzierung von Maßnahmen zur Anpassung des Handels in Drittländern gemäß den Ergebnissen der Impaktstudien für nachhaltige Entwicklung (SIA); Beiträge zu weltweiten Initiativen multilateraler Organisationen für handelsbezogene Unterstützung sowie Initiativen für neue Ausgaben aufgrund der Mitteilung von 2006 zu China;
2. hält die im Entwurf des Haushaltsplans des Rates vorgesehenen Kürzungen der Verwaltungsausgaben, u. a. für Personal und Verwaltung der GD Handel, für nicht gerechtfertigt und ist daher der Auffassung, dass die im HVE enthaltenen Beträge wiedereingesetzt werden sollten;
3. nimmt zur Kenntnis, dass beispielsweise die von der GD Handel für das Jahr 2007 vorgesehene Personalaufstockung de facto nur 12 Beamtenstellen umfasst, was angesichts der Herausforderungen, mit denen die GD Handel im kommenden Jahr konfrontiert sein wird, bescheiden ist;
4. fordert die Kommission auf, das Parlament über die Zahl und das Dienstverhältnis der Mitarbeiter zu informieren, die sich in den Delegationen der Kommission in Drittländern tatsächlich mit Handelsfragen befassen, einschließlich einer Bewertung der Frage, mit welchen Fähigkeiten und Ressourcen diese Delegationen ausgestattet sind, um sich den zunehmenden Herausforderungen der Handelspolitik, insbesondere in Entwicklungsländern und Schwellenländern, zu stellen;

Handelsbezogene Unterstützung (TRA)

5. betont, dass der EG-Haushalt in seiner derzeitigen Form nicht das wünschenswerte Maß an Offenheit, Transparenz und Flexibilität für die Gewährung der handelsbezogenen Unterstützung (TRA) bietet;
6. ist der Auffassung, dass die Haushaltslinie „Aid for Trade“ (20 02 03) finanziell angemessen ausgestattet sein sollte, um horizontale Initiativen für die handelsbezogene Unterstützung zu finanzieren, insbesondere in Zusammenarbeit mit multilateralen Agenturen, die eine Ergänzung der geografischen Programme der EU darstellen und einen wirklichen Mehrwert bieten;
7. betont, dass die Zusage des Präsidenten der Kommission, die derzeitige und die geplante Finanzierung der EU zur Unterstützung der Handelskapazitäten der Entwicklungsländer um 1.000.000.000 Euro pro Jahr zu erhöhen, mit neuen Finanzmitteln umgesetzt werden

sollte, ohne die früher als Infrastruktur eingestufte Hilfe in handelsbezogene Unterstützung umzubenennen oder die Unterstützung für die von der Zuckerreform betroffenen AKP-Länder mit einzubeziehen;

8. fordert die Kommission mit Nachdruck auf, dem zuständigen Ausschuss des Parlaments einen jährlichen, detaillierten Bericht über die Planung und die Ausgaben im Bereich der handelsbezogenen Unterstützung zu unterbreiten, damit das Parlament über die handelsbezogenen Hilfen im Allgemeinen und die Einlösung der „Barroso-Zusage“ im Besonderen unterrichtet ist;

Zusammenarbeit mit industrialisierten Drittländern

9. betont, dass für die Zusammenarbeit mit industrialisierten Drittländern (Haushaltlinie 19 05 01) gemäß dem HVE 2007 sowie dem Entwurf des Haushaltsplans (HE) im Jahr 2007 ein Anstieg um 35,8 % auf 22 000 000 Euro vorgesehen ist; stellt fest, dass diese Aufstockung, wie von der Kommission begründet, angesichts der Ausweitung des geografischen Anwendungsbereichs des neuen Instruments (von 6 auf 15 oder möglicherweise 17 Länder) und der Diversifizierung ihrer Aktivitäten angemessen ist;
10. stellt fest, dass das Parlament gemäß dem geeigneten Verfahren zu dem neuen Instrument für die Zusammenarbeit mit industrialisierten Drittländern konsultiert werden und seine Meinung dazu äußern sollte;

Makroökonomische Unterstützung

11. nimmt zur Kenntnis, dass im Entwurf des Haushaltsplans (HE) 2007 die Mittel für die makroökonomische Unterstützung (Haushaltlinie 01 03 02) gegenüber dem HVE gekürzt wurden, und zwar die Verpflichtungsermächtigungen um 19,5 % von 79 591 000 Euro auf 57 201 000 Euro und die Zahlungsermächtigungen um 16,71 % von 100 814 000 Euro auf 77 694 000 Euro;
12. weist erneut darauf hin, dass die makroökonomische Unterstützung Gegenstand einer strengen Überwachung sein und Bedingungen unterliegen sollte, da die EU nicht kontrolliert, wie die Empfängerländer die allgemeinen, nicht zweckbestimmten Mittel, die in ihren Gesamthaushaltsplan eingesetzt werden, verwenden; bedauert, dass es für die makroökonomische Unterstützung keine geeignete Rechtsgrundlage gibt und sie weiterhin auf Ad-hoc-Beschlüssen des Rates für jeden einzelnen Vorgang beruht; unterstreicht daher die Notwendigkeit einer im Rahmen der Mitentscheidung zu beschließenden Rahmenverordnung über die makroökonomische Unterstützung, durch die Transparenz, Rechenschaftspflicht, Überwachung und Berichterstattung verstärkt werden;
13. unterstreicht, dass das Parlament zu den Vorschlägen für die makroökonomische Unterstützung früh genug konsultiert werden sollte, damit es innerhalb eines normalen Zeitplans und Verfahrens seine Ansichten darlegen und seine Stellungnahme abgeben kann; besteht daher darauf, dass der Rat das Parlament auffordert, seine Stellungnahme zu den Vorschlägen der Kommission für eine makroökonomische Unterstützung nur dann im Rahmen eines „Dringlichkeitsverfahrens“ abzugeben, wenn dies absolut notwendig ist und wenn eine angemessene Begründung vorliegt.

VERFAHREN

Titel	Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2007 – Einzelplan III – Kommission
Verfahrensnummer	2006/2018(BUD)
Federführender Ausschuss	BUDG
Stellungnahme von Datum der Bekanntgabe im Plenum	INTA
Verstärkte Zusammenarbeit – Datum der Bekanntgabe im Plenum	
Verfasser der Stellungnahme Datum der Benennung	Peter Šťastný 25.1.2006
Ersetzte(r) Verfasser(in) der Stellungnahme:	
Prüfung im Ausschuss	11.7.2006
Datum der Annahme	12.9.2006
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 19 -: 0 0: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Jean-Pierre Audy, Daniel Caspary, Giulietto Chiesa, Christofer Fjellner, Béla Glattfelder, Jacky Henin, Filip Andrzej Kaczmarek, Alain Lipietz, Erika Mann, Helmuth Markov, Georgios Papastamkos, Peter Šťastný, Johan Van Hecke, Daniel Varela Suanzes-Carpegna, Zbigniew Zaleski
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Margrietus van den Berg, Robert Goebbels, Antolín Sánchez Presedo, Mauro Zani
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)	
Anmerkungen (Angaben nur in einer Sprache verfügbar)	...